

PRESSE-INFO

DGB Region Mittelfranken

Nürnberger Erklärung zu Flucht – Asyl – Menschenwürde

Erschütternde Aktualität

Kirchen, DGB und Migrantenorganisation reagieren auf Stellungnahmen von Politikern

04.08.2017

Im Herbst 2016 veröffentlichten die beiden christlichen Kirchen, der DGB Mittelfranken und die Dachorganisation der Ausländer und Integrationsbeiräte (AGABY) eine Nürnberger Erklärung zur anhaltenden Kontroverse um Flucht, Asyl und Menschenwürde. Politiker aus der Region haben sich im ersten und zweiten Quartal mit Stellungnahmen dazu zu Wort gemeldet.

„Die Debatte über das bayerische Integrationsgesetz, die Abschiebep Praxis in Bayern sowie eine wirkungsvolle Bekämpfung der Fluchtursachen machen weiterhin eine Einmischung notwendig“, sagt **Stephan Doll, DGB-Regionsgeschäftsführer** und Unterzeichner der Nürnberger Erklärung.

In den Antworten von siebzehn Bundes- und Landespolitikern von SPD, CSU, Bündnis 90/Grüne, Die Linke und Freie Wähler werden die Positionen der Unterzeichner der Nürnberger Erklärung überwiegend geteilt. **Harald Weinberg**, Bundestagsabgeordneter der Partei Die Linke, bezeichnet das Grundsatzpapier als „starkes politisches Signal“ und sichert seine „volle Unterstützung“ zu. Ganz ausdrücklich bedankt er sich für das Engagement der Unterzeichner. Die Nürnberger Grüne-Landtagsabgeordneten **Verena Osgyan** und **Markus Ganserer** danken für die „klaren Worte“ und sichern „uneingeschränkte“ Unterstützung bei dem Thema im Landtag zu.

Nachhaltige Begrenzung, Stabilität der Sozialsysteme und effektive Steuerung der Zuwanderung sind aus Sicht von Bundestagsabgeordneten **Michael Frieser** (CSU) für „die Akzeptanz und den Zusammenhalt der Bevölkerung“ erforderlich. Für ihn müssen „die Probleme an der Wurzel gepackt werden“, was eine Verbesserung der Lebensbedingungen von Flüchtlingen in den Herkunftsländern durch Ausbildung und Beschäftigung betrifft.

Norbert Feulner
Regionssekretär

norbert.feulner@dgb.de

Telefon: 0911-24916-79
Telefax: 0911-24916-88

Kornmarkt 5-7
90402 Nürnberg

mittelfranken.dgb.de

Der CSU-Landtagsabgeordnete **Joachim Herrmann** nimmt aus der Sicht des bayerischen Innenministers Stellung. Seiner Auffassung nach müsse „eine Überlastung von Staat und Solidargemeinschaft verhindert werden. Deutschland kann nicht alle Menschen aufnehmen, die aus aller Welt zu uns kommen wollen.“ Im Zusammenhang mit Integration hält Herrmann es für richtig, „von einer Leitkultur zu sprechen“. Herrmann verweist außerdem auf die Initiative „Integration durch Ausbildung und Arbeit“ der Staatsregierung, der bayerischen Wirtschaft und der Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit. Die Abgeordnete der Freien Wähler, **Gabi Schmidt**, legt in diesem Zusammenhang Wert auf eine „einheitliche Vollzugspraxis“ bei der Erteilung von Arbeits- und Ausbildungserlaubnissen.

Stadtdekan **Jürgen Körnlein** von der Evangelischen Kirche ist ebenfalls einer der Mitunterzeichner der Nürnberger Erklärung. Er betont, dass wir rechtsstaatliche Lösungen brauchen und würdigt den enormen Einsatz der Mitarbeitenden im BAMF, in den Verwaltungsgerichten und in allen Behörden, die mit der Thematik befasst sind. Gleichzeitig hört er, wie Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit ihm in den letzten Monaten ihr „zunehmendes Unverständnis darüber schildern, dass sie durch Behörden und staatliche Anweisungen Steine in den Weg gelegt bekommen.“ Beispielhaft genannt werden: Genehmigungen werden versagt bei Wohnungen, Praktikums- und Ausbildungsplätzen, Abschiebung aus der Ausbildung. „Wenn Menschen schon gut in der Gesellschaft integriert waren, ist es für Ehrenamtliche oft nicht nachvollziehbar, wenn dann ein Abschiebebescheid erfolgt“, sagt **Körnlein**.

Sein evangelischer Kollege, **Johannes Rehm**, Leiter des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt, „appelliert eindringlich an die Verantwortlichen, Asylsuchenden und geduldeten Flüchtlingen Beschäftigungs- und Ausbildungsmöglichkeiten zu gewähren.“

Besorgt um den sozialen Frieden ist DGB-Chef **Doll**. Ein aus dem Ruder gelaufener Polizeieinsatz im Mai mit Verletzten anlässlich einer beabsichtigten Abschiebung eines jungen Afghanen direkt aus einer Nürnberger Berufsschulklasse „ist nicht hinnehmbar, so etwas darf sich nicht wiederholen und muss deshalb aufgearbeitet werden.“ **Doll** kritisiert eine „völlig fehlgeleitete Abschiebepolitik in Bayern. Mit solchen Aktionen im Umgang mit jungen Menschen, die sich für die Rechte von anderen einsetzen, setzt die Bayerische Staatsregierung ein friedliches Miteinander aufs Spiel.“

Bei der Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum dürfe es keine Verteilungskämpfe geben. Notfalls müsse vom Grundsatz der „schwarzen Null abgerückt werden“, schreibt CSU-Landtagsabgeordneter **Hermann Imhof**. Die Einbeziehung von Flüchtlingen bei der Entwicklung und Weiterentwicklung von Integrationskonzepten ist dem Sozialpolitiker **Imhof** ein Anliegen. Allerdings lehnt er ein kommunales Wahlrecht für Ausländer aus Nicht-EU-

Staaten ab: „Die Erlangung des Wahlrechts sollte am Ende einer erfolgreichen Integration stehen und nicht am Anfang.“ Dies ist für die Migrantendachorganisation AGABY „völlig inakzeptabel“, sagt deren Vorsitzende **Mitra Sharifi Neystanak** und ergänzt: „Eine solche Argumentation ist eine Unterstellung gegenüber allen Migranten, die sich für unsere Gesellschaft engagieren und bereits alle Partizipationsmöglichkeiten nutzen, die ihnen offen stehen. All diesen Migranten wird eine erfolgreiche Integration abgesprochen und ihre volle demokratische politische Teilhabe durch die Teilnahme an Wahlen verhindert.“

Die Grünen Landtagsabgeordneten **Verena Osgyan** und **Markus Ganserer** kritisieren den Begriff des „deutschen Leitkults“: „Kein Mensch ist mehr wert als der andere und jeder hat dasselbe Recht auf Freiheit und Würde.“ Der Bundestagsabgeordnete der Grünen, **Uwe Kekeritz**, sieht „Zeiten, in denen der Wind eisig von rechts pfeift, Zeiten, in denen AfD und CSU den Wertekanon unserer Verfassung infrage stellen“. Und dagegen brauche es „klare Positionen wie die Nürnberger Erklärung zu Flucht –Asyl – Menschenwürde“, schreibt **Kekeritz**. Die **sechs Bundes- und Landtagsabgeordneten der SPD aus Nürnberg, Gabriela Heinrich, Martin Burkert, Angelika Weikert, Helga Schmitt-Bussinger, Stefan Schuster, Arif Tasdelen**, mahnen ebenfalls zu einer „achtsamen aber klaren Sprachwahl“ und verwahren sich gegen ein „Spielen mit Ängsten und Vorurteilen“, heißt es in ihrer Stellungnahme.

Das Thema Flucht „verschärft“ sich aus Sicht des katholischen Stadt- und Regionaldekans **Hubertus Förster** zu einem „Problem zwischen ‚denen da draußen‘ und zwischen einem nationalen ‚Wir‘.“ Dies komme nicht nur von Rechts, sondern „auch aus der Mitte von Politik und Gesellschaft“, sagt **Förster**.

Dass die Fluchtursachen bekämpft werden müssen, darüber besteht Konsens zwischen den Unterzeichnern der Nürnberger Erklärung und den Vertretern der Politik. Der Schlüssel dafür liegt nach fester Überzeugung des Leiters der Katholischen Betriebsseelsorge, **Manfred Böhm**, beim Teilen und nicht beim Ausgrenzen: „Wer nicht teilen will, wird über kurz oder lang sogar töten müssen, denn die Not der Flüchtenden ist mir warmen Worten nicht zufriedenzustellen.“

Für die Unterzeichner der Nürnberger Erklärung hat das Anliegen „nichts an Aktualität verloren.“ Sie sind überzeugt, dass im Jahr der Bundestagswahl „die Forderungen nach einer menschenwürdigen Aufnahme von Geflüchteten, der entschlossene Kampf gegen Rassismus und die Spaltung der Gesellschaft weiter an Bedeutung gewonnen haben.“